

Bürgerliche bleiben kompromisslos

STEUERPOLITIK Im Kanton Luzern sollen weiterhin die schweizweit tiefsten Unternehmensgewinnsteuern gelten. Das Parlament lehnt eine Volksinitiative ab, die die Halbierung per 2012 zur Hälfte rückgängig machen will. Auf einen Gegenvorschlag wird verzichtet.

Das Parlament entschied mit 88 zu 24 Stimmen, die von der SP eingereichte Initiative den Stimmberechtigten ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Zuvor hatte es den Gegenvorschlag mit 83 zu 15 Stimmen bei 18 Enthaltungen (SP) verworfen.

Der Kanton Luzern hatte zwischen 2009 und 2014 die Steuerbelastung für Unternehmen um 62,5 Prozent gesenkt. Per 2014 halbierte er die Unternehmensgewinnsteuer von 3 Prozent auf ein schweizweit rekordtiefes Niveau. Die Initiative will den Steuersatz wieder von 1,5 Prozent auf 2,25 Prozent anheben.

Der Gegenvorschlag, den die Regierung ausgearbeitet hatte, sah die Einführung von Minimalsteuern für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften vor und wollte Firmenbesitzer bei Einkommen aus ihren Firmenbeteiligungen weniger stark entlasten. Damit wäre eine Bestimmung der geplanten Unternehmenssteuerreform III des Bundes vorgezogen worden.

Keine Änderung erwünscht

Die drei grossen Fraktionen SVP, FDP und CVP lehnten Initiative und Gegenvorschlag ab. Die CVP sei zwar nicht grundsätzlich gegen höhere Einnahmen, wenn dies zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Kantons nötig werde. Erwin Arnold (CVP, Buchrain) sagte aber, Änderungen dürften nicht als Einzelmassnahme daherkommen. Notwendig sei eine Gesamtschau. Zudem wies er darauf hin, dass vom Grossteil der steuerlichen Entlastungen, die in den letzten Jahren realisiert worden seien, die natürlichen Personen profitiert hätten. In Abweichung von der



Weiter so: Wie Finanzdirektor Marcel Schwerzmann und seine Regierungskollegen will auch das Parlament an der Steuerstrategie festhalten. Foto Staatskanzlei

Fraktionsmeinung setzte sich der Luzerner Stadtpräsident Stefan Roth für den Gegenvorschlag ein. Das Volk soll eine Wahl haben, sonst drohe die Annahme der Initiative.

Für Heidi Scherrer (FDP, Meggen) wäre es fahrlässig, wenn Luzern mit Steuererhöhungen seinen Wettbewerbsvorteil verspielen würde. Gerade wegen der Frankenstärke sei es wichtig, dass die Unternehmen nicht zusätzlich belastet würden. Den Gegenvorschlag bezeichnete sie als untauglich. Fraktionskollege Georg Dubach (Triengen) sagte, ein Grossteil der durch die Senkung der Unternehmenssteuer verursachten Einnahmefälle sei kompensiert worden.

Etlliche Bürgerliche betonten, dass der eingeschlagene Weg bei den Steu-

ern der richtige gewesen sei. Franz Grüter (SVP, Eich) sagte, noch vor wenigen Jahren sei Luzern eine Steuerhölle gewesen. Die Steuerstrategie sei ein Erfolgsmodell.

Sanierungsbeitrag der Unternehmen

Für die Linke sind die tiefen Unternehmenssteuern aber kein Vorteil. David Roth (SP, Roth) sagte, das Projekt Tiefsteuerkanton drohe, die funktionierenden Teile des Kantons zu zerfressen. Die Initiative sei moderat und ein Versuch, das Biotop Luzern wieder etwas zu bewässern, so Roth. Sein Fraktionskollege Giorgio Pardini bezeichnete es als «lächerlich», von einer erfolgreichen Steuerstrategie zu reden. Das Brutto-sozialprodukt von Luzern habe sich im

interkantonalen Vergleich kaum verbessert.

Mit der von der Initiative verlangten moderaten Steuererhöhung müssten die Unternehmen einen Beitrag zur Sanierung der Kantonsfinanzen leisten, führte Hans Stutz (Grüne) aus. Seine Fraktion stimmte auch dem Gegenvorschlag zu.

Die Steuerstrategie sei in vielen Teilen aufgegangen, sagte Michèle Graber (GLP). Es sei zwar nötig, dass der Kanton sein Ressourcenpotenzial besser ausnütze, eine Erhöhung der Gewinnsteuer sei aber falsch. Die GLP unterstütze deshalb den Gegenvorschlag, nicht aber die Initiative.

Irland und Holland als Konkurrenten

Der Regierungsrat warnte vor einer Annahme der Initiative. Luzerns Konkurrenten Luzerns sässen in Holland oder Irland, sagte Finanzdirektor Marcel Schwerzmann. Bei der Unternehmenssteuer gehe es auch um die Bestandspflege. Ansässige Firmen würden nicht mehr wegziehen, sondern blieben und würden sich entwickeln.

Auch Gemeinden würden mehr Geld einnehmen

Eine Annahme der Volksinitiative würde laut Regierung beim Kanton zu Mehrträgen von 11 Millionen Franken und bei den Gemeinden von bis 25 Millionen Franken führen. Den zusätzlichen Geldern ständen gleichzeitig Mindereinnahmen aus dem Bundessteueranteil des Kantons in der Höhe von bis zu 9 Millionen Franken gegenüber. Der Gegenvorschlag hätte Mehreinnahmen von rund 8 Millionen Franken für den Kanton und 9,2 Millionen Franken für die Gemeinden eingebracht.

Der Kanton Luzern hatte zwischen 2009 und 2014 die Steuerbelastung für Unternehmen um 62,5 Prozent gesenkt. Per 2014 halbierte er die Unternehmensgewinnsteuer von 3 Prozent auf ein schweizweit rekordtiefes Niveau. Im letzten Jahr erreichten die Steuereinnahmen wieder zu 90 Prozent das Niveau von 2009. ca./sda



Prisca Birrer-Heimo
SP, Rothenburg

«Ich vertrete meine eigene Meinung»

Prisca Birrer-Heimo, Sie wurden im ersten Wahlgang Dritte, der Abstand zu Damian Müller war aber gross. Warum kandidieren Sie nochmals?

Im zweiten Wahlgang werden die Karten neu gemischt. Mit dem Rückzug von Louis Schelbert und Roland Fischer liegt für mich noch Potenzial drin. Zudem soll die Bevölkerung auch im zweiten Wahlgang eine Auswahl haben.

STÄNDERATSWAHL

Sie haben als Linke im ersten Wahlgang mehr Stimmen gemacht als die Kandidatin der SVP. Wie erklären Sie sich das?

Ich geniesse in breiten Bevölkerungsschichten Rückhalt und habe am meisten Stimmen von anderen Parteien und Blankolisten erhalten. Das hat bestimmt mit meinem politischen Leistungsausweis und meinem Engagement als Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz zu tun. Ich setze mich für die Rechte der Konsumentinnen und Konsumenten ein – das ist nicht Partei-, sondern Sachpolitik.

Und Sie politisieren auch nicht am linken Rand der SP.

Genau. In Parlamentarier-Ratings werde ich jeweils dem sozial-liberalen Flügel zugeordnet. Die SP vertritt Werte, die für mich wichtig sind, deshalb bin ich in dieser Partei. Bei Differenzen ist aber klar, dass ich meine eigene Meinung vertrete – auch gegen die Parteilinie. Ich politisiere lösungsorientiert. Das haben die Wählerinnen und Wähler bei meinen verschiedenen Engagements im Kanton gemerkt.

Sie sind Nationalrätin. Warum wollen Sie in den Ständerat?

Ich kenne alle drei Ebenen: Ich war im Gemeinderat Rothenburg, im Kantonsrat und bin nun seit fünf Jahren im Nationalrat. Ich bringe viel Erfahrung und eine breite Vernetzung mit, die ich im Ständerat für den Kanton noch besser nutzen kann. Zudem entspricht mir die politische Kultur im Ständerat eher. Diese ist von sachpolitischen Diskussionen geprägt. Im Ständerat gilt es auch, Brücken zu den linken Vertretern, gerade auch aus der Westschweiz, zu bauen. Um Mehrheiten für die Anliegen des Kantons Luzern gewinnen zu können, wären meine Beziehungen ein grosser Vorteil.

Für welche kantonalen Anliegen wollen Sie sich einsetzen?

Für ein leistungsfähiges Verkehrsnetz ist das Engagement für den Durchgangsbahnhof zentral. Hier haben wir noch viel Arbeit vor uns. Vertreter aus anderen Landesteilen verstehen die Notwendigkeit dieses Projekts für Luzern derzeit kaum. Ebenfalls wichtig ist der Einsatz für die Energiewende. Diese bietet Chancen für den Wirtschaftsraum Luzern. Viele Unternehmer im Kanton investieren mit innovativen Projekten in die erneuerbare Energie. Mit dem Rechtsrutsch bei den Wahlen ist die Energiewende gefährdet. Auch beim Finanzausgleich setze ich mich für Luzern ein, es geht um Millionen, die der Kanton verlieren kann. Monika Wüest

Bereits erschienen: Rudolf Schweizer (27.10.), Yvette Estermann (30.10.), Damian Müller (3.11.). Letztes Interview: Konrad Graber (10.11.).

Kritik von allen Seiten an der Regierung

INFORMATIONSPOLITIK Der Kantonsrat hat die Kommunikation der Regierung in der Finanzpolitik kritisiert. Der Regierungsrat habe mit seiner «Strategie des Schweigens» den falschen Weg gewählt.

Anlass der dringlichen Debatte war die Informationspolitik des Regierungsrates zu finanzpolitischen Themen. Diese wurde vom Rat als ungenügend erachtet. Dabei ging es etwa um die Reduktion der Beiträge aus dem Nationalen Finanzausgleich, über die die Regierung erst spät informierte, oder um das Entlastungspaket, aus dem frühzeitig durch Indiskretionen Details bekannt geworden waren. Ein Beispiel dafür war die Schliessung der Fachklasse Grafik.

Inge Lichtsteiner-Achermann (CVP, Egolzwil) kritisierte in ihrem dringlichen Vorstoss insbesondere, dass der Wegfall von 30 Mio. NFA-Geldern nicht früher kommuniziert wurde. Diesen deutlich höheren Ausfall hätte das Finanzdepartement früher abschätzen können und zumindest die Planungs- und Finanzkommission und andere Kommissionen frühzeitig informieren können. Inge Lichtsteiner verlangte darum eine andere Kommunikationsstrategie.

«Indiskretionen untolerierbar»

Finanzdirektor Marcel Schwerzmann bezeichnete die Indiskretionen als untolerierbare Straftat. Damit der Voranschlag und die Entlastungsmassnahmen im Gesamtkontext diskutiert werden könne, habe er die Indiskreti-

onen nicht kommentiert. Für die Verunsicherung sei nicht die Regierung verantwortlich. Schuld seien die, die die Informationen vorzeitig an die Öffentlichkeit weitergeleitet hätten.

Ylfete Fanaj (SP, Luzern) warf der Regierung vor, es sich zu einfach zu

machen. Ihr Verhalten habe die Indiskretionen gefördert.

Andreas Moser (FDP, Luzern) konstatierte eine «hohe Unzufriedenheit» und sagte, die Kommunikation des Schweigens funktionierte nicht. Der Kantonsrat könne nicht über die Ent-

lastungsmassnahmen diskutieren, wenn schon vorher alles skandalisiert worden sei.

«Führungsverantwortung fehlt»

Ungewohnt heftige Kritik äusserte auch Erich Leuenberger (FDP, Nebikon). Vor dem Hintergrund von fehlenden Einnahmen und steigenden Ausgaben mache der Regierungsrat nur «lapidare Aussagen» zum geplanten Konsolidierungsprogramm. Es sei bedenklich, dass nicht einmal ansatzweise Lösungen aufgezeigt würden. «Es fehlt an der Führungsverantwortung», sagte Leuenberger in Richtung Regierungsbank.

Beat Züsli (SP, Luzern) kritisierte, dass das Parlament nur fünf Wochen Zeit habe, um das Budget vorzubereiten. Es habe damit keine Zeit, Alternativen zu prüfen. Volksvertreter hätten die Aufgabe, die Bevölkerung zu informieren. Es sei aber das Gegenteil der Fall, die Politiker würden von den Medien informiert. Dies säe Misstrauen.

Schliesslich verlangte das Parlament vom Regierungsrat eine bessere Information zu den Aufgaben- und Finanzplänen. Er stimmte einem dringlichen Postulat von Jörg Meyer (SP, Luzern) mit 69 zu 47 Stimmen zu, das von der Regierung verlangt, die Übergangslisten zum AFP offenzulegen.

Keine Mehrheit hingegen erreichte Meyer mit seiner Forderung, dass nicht nur der Finanzdirektor, sondern auch die jeweiligen Departementsvorsteher in der Öffentlichkeit und gegenüber den Medien Auskünfte zum Budget und dem AFP geben dürfen. ca./sda

«Finanzpolitik statt -buchhaltung»

FINANZPOLITIK Yvonne Hunkeler (CVP, Grosswangen) verlangte namens ihrer Fraktion in einer dringlichen Anfrage verschiedene Auskünfte zur finanzpolitischen Steuerung im Kanton Luzern. Sie kann nicht nachvollziehen, dass der Wegfall von rund einem Viertel der NFA-Beiträge nicht früher bekannt wurde. Danach hätte die Regierung als «Notbremse» ein Ausgabenmoratorium ins Auge fassen müssen, so Hunkeler. Bei den Geldern der Nationalbank gelte «das Prinzip Hoffnung», so dass man die Beiträge besser nicht budgetieren sollte. Yvonne Hunkeler kritisierte auch, dass die Steuererträge zum wiederholten Male zu hoch eingeschätzt wurden und zur Korrektur 60 Mio. Franken aus den Nationalbankgeldern verwendet worden seien. Seit vier Jahren habe das Parlament keinen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) mehr genehmigt. Es sei an der Zeit, «Finanzpolitik statt Finanzbuchhaltung zu machen», schloss Hunkeler ihr Votum.

Dieser Kritik schlossen sich die Fraktionen von SP und Grünen an. Es

fehle ein finanzpolitisches Konzept, sagte Susanne Truttman-Hauri (SP, Emmen). In Sachen Steuererträge dürfe nicht weiter rosa und himmelblau gemalt werden. Michael Töngi (Grüne, Kriens) bemängelte ausserdem, dass die CVP wohl interessante Fragen stelle, aber keine Schlussfolgerungen daraus ziehe. Als grösste Fraktion mit zwei Regierungsräten hätte sie durchaus das nötige Gewicht, um einen Kurswechsel einzuleiten, so Töngi.

Rückendeckung erhielt die Regierung von SVP-Sprecher Armin Hartmann (Schlierbach). Es habe in den vergangenen Jahren «keine systematische Fehlplanung gegeben». Vielmehr müsse auch er seine Rolle selbstkritisch hinterfragen.

Finanzdirektor Marcel Schwerzmann verteidigte die Politik der Regierung. Früher sei ihm vorgeworfen, zu defensiv zu budgetieren, heute höre man das Umgekehrte. Eine frühere Kommunikation des Budgets ginge auf Kosten der Genauigkeit, so Schwerzmann. Stefan Calivers